Am neuen antisemitischen Terrorakt in Zürich ist nicht nur der Täter Schuld

Von Sacha Wigdorovits

Am vergangenen Montag, 2. Februar 2026, hat ein 40-jähriger Kosovare mitten in der Stadt Zürich einen 26-jährigen orthodoxen Juden niedergeschlagen. Mutige Passanten überwältigten den Angreifer, bevor er Schlimmeres tun konnte, und hielten ihn fest, bis die Polizei kam. Diese liess anschliessend verlauten, auch bei ihrem Eintreffen habe der Mann noch wüste antisemitische Beschimpfungen von sich gegeben. Am Motiv seiner Tat kann demnach kein Zweifel bestehen.

Keine Zweifel gibt es auch daran, dass der Attentäter nicht allein schuld ist, sondern andere eine Mitverantwortung daran tragen, dass es zu dem Anschlag kommen konnte und gekommen ist. In erster Linie ist hier das Bundesverwaltungsgericht zu nennen. Dieses hatte, wie nebelspalter.ch jetzt aufdeckte, 2019 die Ausschaffung des Mannes in den Kosovo verhindert, obschon dieser über keine gültige Aufenthaltsbewilligung verfügte und mehrfach vorbestraft war.

Das Bundesverwaltungsgericht widersetzte sich damit dem Staatssekretariat für Migration (SEM), das die Ausweisung des Kosovaren verlangt hatte. Denn bereits 2012 hatte das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich dem damals schon mehrfach vorbestraften Mann eine hohe kriminelle Energie und Rückfallgefahr attestiert und seine Rückschaffung in den Kosovo verlangt. Das Bundesverwaltungsgericht verhinderte dies mit der Begründung, dass der Mann dann seine IV-Rente und damit seine Existenzgrundlage verlieren und im Kosovo ein «interdisziplinäres Team» für seine psychotherapeutische Behandlung fehlen würde.

In seinem Urteil schrieb das Bundesverwaltungsgericht, «das Interesse des Beschwerdeführers (des kosovarischen Mannes, Red.) am Verbleib in der Schweiz (…) ist aktuell höher einzustufen als das nicht unerhebliche öffentliche Interesse an seiner Fernhaltung.» Damit haben die Bundesverwaltungsrichter den antisemitischen Angriff des Mannes auf den orthodoxen Juden ermöglicht.

Dass es dann tatsächlich dazu gekommen ist, dafür sind neben dem Täter selbst andere mitverantwortlich. Bequem wäre es, hier mit dem Finger einzig auf die Sozialen Medien zu weisen, in denen Hass auf die «Zionisten», wie das heutige Schimpfwort für Juden lautet, täglich und millionenfach ungehindert geschürt werden kann, inklusive der Aufforderung zur Gewalt.

Aber es sind nicht nur die Sozialen Medien, die auch in der Stadt Zürich den öffentlichen Judenhass salonfähig gemacht haben und mindestens indirekt fördern.

Am neuen antisemitischen Terrorakt in Zürich ist nicht nur der Täter Schuld

Es sind auch die Behörden, ein Teil der politischen Parteien, die Rektorinnen und Rektoren von Bildungsinstitutionen wie der ETH, der Universität Zürich und der Zürcher Hochschule für Künste ZHdK sowie deren politische Aufsichtsorgane.

Der Stadtrat von Zürich, die Exekutive, bewilligt seit Jahr und Tag auf ihren Strassen Demonstrationen, die zwar vorgeben, für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einzustehen, in Tat und Wahrheit aber nichts anderes fordern als die vollständige Vernichtung des jüdischen Staates («From the river to the sea»). Und in Institutionen wie der Roten Fabrik und der Zentralwäscherei, die mit städtischen Geldern subventioniert werden, dürfen juden- und israelfeindliche Agitatoren mit dem Segen der Stadtregierung ungehindert ihre Botschaften verbreiten.

Der Gemeinderat als städtische Legislative ist keinen Deut besser. Er hat, zu einem Zeitpunkt, in dem die grosse Kammer des nationalen Parlaments, der Nationalrat, genau das Gegenteil tat, das UNO-Palästinenserhilfswerk UNRWA mit 380’000 Franken unterstützt. Obschon es erwiesen ist, dass dieses bis in die Führung hinauf eng mit der Terrororganisation Hamas verbunden ist, und dass an seinen Schulen durch Lehrer wie Lehrbücher antisemitische Hassbotschaften vermittelt werden.

Der Gemeinderat unterliess es auch nicht, den Regierungsrat des Kantons Zürich zu kritisieren, als sich dieser weigerte, Kinder aus Gaza zur Behandlung an Zürcher Spitälern aufzunehmen. Denn er beurteilte deren Begleitpersonen wegen ihrer vermuteten Nähe zur Hamas als Sicherheitsrisiko für die jüdische Bevölkerung in Stadt und Kanton. (Nebenbei: Dass der Regierungsrat mit seiner Befürchtung richtig lag, zeigte sich im nahhinein: Es ist mindestens ein Fall bekannt, bei dem das angeblich Hilfe bedürftige Kind, nach seiner Ankunft in der Schweiz gar nicht medizinisch versorgt werden musste. Das heisst, es war nur hierhergebracht worden, um seinen Begleitpersonen, welche den Segen der Hamas hatten, die Ausreise aus Gaza zu ermöglichen.)

Die blinde Palästinenserfreundlichkeit des Stadtparlaments hat in erster Linie mit der Sozialdemokratischen Partei zu tun, der stärksten Fraktion im Stadtparlament, und in zweiter Linie mit der Grünen Partei. Die SP der Stadt Zürich wandelt gehorsam auf den Spuren ihrer nationalen Mutterpartei, die Israel in den letzten Jahren immer an den Pranger gestellt und mit ungeheuerlichen Anschuldigungen zu delegitimieren versucht hat. Beispielsweise mit dem haltlosen Vorwurf, im Krieg in Gaza einen Genozid zu begehen. Dass dann auch die SP-Vertreter im Gemeinderat zusammen mit allen anderen Fraktionen den Angriff auf den orthodoxen Juden scharf verurteilen, ist ein Hohn.

Erschütternd ist auch die Feigheit, mit der die Verantwortlichen von kantonalen Hochschulen und der ETH es zulassen, dass ein Teil ihrer Studentenschaft und teilweise auch ihrer Professoren und anderen Lehrpersonen fortwährend ihrem Hass auf die Juden und Israel freien Lauf lassen dürfen. Oder dass sie sogar Anlässe finanziell unterstützen, in denen die Verbreitung von juden- und israelfeindlichen Botschaften schon im Vorfeld absehbar ist. Unverständlich und beschämend ist in diesem Zusammenhang auch, dass die kantonale Bildungsdirektorin, Regierungsrätin Silvia Steiner, nicht dagegen einschreitet.

Ja, derjenige der am Abend des 2. Februar einen orthodoxen Juden in Zürich attackierte, weil er Jude ist, das war ein Einzelner. Aber das Klima, in dem er seine Tat verübte, hatte nicht er geschaffen. Dafür verantwortlich sind städtische Politiker, die Verantwortlichen der grossen eidgenössischen und kantonalen Bildungsinstitutionen und jene, die sie eigentlich beaufsichtigen sollten. Denn sie alle fördern durch ihre Handlungen oder mit ihren feigen Unterlassungen, dass Antisemitismus heute auch in der Stadt Zürich offen und ungehindert ausgelebt wird.

Dieser Kommentar erschien auch auf nebelspalter.ch: https://www.nebelspalter.ch/themen/2026/02/am-neuen-antisemitischen-terrorakt-in-zuerich-ist-nicht-nur-der-taeter-schuld

---

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite fokusisrael.ch betreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte, Germanistik und Sozialpsychologie und arbeitete unter anderem als USA-Korrespondent für die SonntagsZeitung, war Chefredaktor des BLICK und Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.